

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 25 (1933)
Heft: 2

Rubrik: Zeitschriftenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die vom Statistischen Amt angekündigte Berücksichtigung der Gewinnausschüttung auf Genußscheine und in Form von Bezugsrechten ist diesmal noch nicht vorgenommen worden. Wir erwarten jedoch, dass dieser notwendige Ausbau der Dividendenstatistik bei der nächsten Publikation erfolgen wird.

Arbeiterbewegung.

Schweizerische Gewerkschaftsbewegung

Postbeamte.

Der Verband schweizerischer Postbeamter hat im Januar eine Urabstimmung durchgeführt über den Beitritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bei 3788 stimmberechtigten Mitgliedern haben 2071 für und 1041 gegen den Beitritt gestimmt. Der Beitritt ist somit mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden. Die 12 gradierten Sektionen haben mit 2 Ausnahmen sich mehrheitlich dagegen entschieden, während fast alle andern Sektionen eine Mehrheit für den Beitritt erzielten. Wir heissen die schweizerischen Postbeamten herzlich willkommen im Gewerkschaftsbund. Nach ihrem Beitritt ist nun bis auf einige ganz kleine Organisationen das gesamte freigewerkschaftlich organisierte Bundespersonal im Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisiert.

Sozialpolitik.

Rücktritt von Fabrikinspektor Wegmann.

Mit Jahresende ist Herr Dr. H. Wegmann, eidgenössischer Fabrikinspektor des III. Kreises, in Zürich, nach 46jähriger Tätigkeit im Bundesdienst zurückgetreten. Dr. Wegmann trat im Jahre 1886 in den Dienst des eidgenössischen Fabrikinspektorates, zuerst als Adjunkt, unter Dr. Fridolin Schuler, dem Pionier der schweizerischen Fabrikinspektion, dann 1902 als dessen Nachfolger. Dr. Wegmann hat es verstanden, seine Inspektionstätigkeit mit offenem Blick für die Realitäten des Fabrikwesens und unseres Wirtschaftslebens auszuüben. Der Förderung des Arbeiterschutzes und vor allem der Fabrikhygiene schenkte er besondere Aufmerksamkeit. Auf all diesen Gebieten kann er auch auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Man wird überall das Ausscheiden dieses geraden, schlichten und feinfühligen Mannes, dem das Wirken und Wohl seiner Mitmenschen Herzensbedürfnis war, mit gleichem Bedauern vernehmen. Möge ihm ein wohlverdienter geruhssamer Lebensabend beschieden sein.

Zeitschriftenschau.

«Die Arbeit», die Monatsschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht im Novemberheft 1932 eine Abhandlung von Kurt Mendelsohn über staatliche Handelsmonopole und Wirtschaftsumbau. Der Verfasser empfiehlt die Errichtung eines Staatsmonopols für den gesamten Erdölhandel. Er weist nach, wie sehr vor allem die Benzinversorgung der Automobile durch eine groteske Uebersetzung des Verteilungs-

apparates verteuert wird; es sollen in Deutschland etwa 53,000 Zapfstellen vorhanden sein, so dass auf etwa 12 Autos eine Zapfstelle entfällt. Da jedoch das gesamte Oelgeschäft eine Einheit darstellt, so empfiehlt er, nicht nur den Handel mit Benzin zu verstaatlichen, sondern den gesamten Erdölhandel, der allgemein als Geschäftszweig mit überdurchschnittlich hohen Preisspannen und Profiten gilt. Mendelsohn schätzt, dass auch bei einer beträchtlichen Preissenkung aus einem solchen Monopol ein Nettogewinn von 100 bis 125 Millionen Reichsmark zu erzielen sei, wozu auch die Einsparungen in den Vertriebskosten, im Reklameaufwand usw. durch zentrale Bewirtschaftung und Versorgung beitragen würden. Für die gesamte Mineralölwirtschaft sei mit einem Ueberschuss von 250 bis 275 Millionen zu rechnen. Davon wäre abzuziehen die Verzinsung und Tilgung der Abfindungen, die der heutigen Privatwirtschaft zugestanden werden müssten. Das würde in der Höhe von 10 Prozent nicht mehr als 30 Millionen Mark ausmachen, also den Monopolertrag nicht nennenswert beeinträchtigen.

Der Vorschlag auf Schaffung eines staatlichen Oelhandelsmonopols ist auch für die Schweiz in Erwägung zu ziehen. Neben den grossen finanziellen Vorteilen ist in Betracht zu ziehen, dass ein staatliches Handelsmonopol den inländischen Oelkonsum ausnutzen kann, um den Exportindustrien den Absatz zu erleichtern durch Kompensationsgeschäfte. Ausserdem ist nur auf diesem Wege eine volkswirtschaftlich gesunde Verkehrspolitik denkbar, wenn der Staat nicht nur die Eisenbahn, sondern auch die Automobilwirtschaft kontrollieren kann.

Im gleichen Heft der «Arbeit» erörtert Walter Wüst die Planwirtschaft in der Zementindustrie. In Deutschland bestehen 4 starke Kartellverbände der Zementproduzenten. Die Produktionsmöglichkeit ist ausgedehnt worden weit über die Absatzmöglichkeiten hinaus. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Zementindustrie ist doppelt so gross wie der Zementabsatz bei günstiger Konjunktur sein kann. Das bedeutet eine Fehlleitung von gewaltigen Kapitalsummen. Man schätzt die Kosten dieser Expansion auf mindestens 300 Millionen Reichsmark. Eine nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgebaute Zementindustrie würde der Bauwirtschaft eine billige Zementversorgung garantieren und ihr dadurch grosse Summen ersparen.

Auch hier liegen die Verhältnisse in der Schweiz sozusagen völlig gleich. Auch bei uns ist die Zementindustrie stark überkapitalisiert, was trotzdem nicht verhindert, dass neue Fehlanlagen gemacht werden, wie das Beispiel der Fabrik von Hausen beweist. Abhilfe kann nur gebracht werden durch eine Verstaatlichung der Zementindustrie oder eine Bewirtschaftung nach gemeinwirtschaftlichen Zwecken unter Kontrolle der Konsumenten und des Staates.

Im «Kampf», dem Monatsorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, bespricht Helene Bauer die Wirtschaftslage im vierten Krisenwinter. Sie stellt fest, dass eine Besserung vorläufig noch nicht zu erwarten ist, dass aber anderseits die Verzweiflung im kapitalistischen Lager nachgelassen hat und dass dort an Stelle der Selbstkritik bereits wieder eine gewisse Selbstüberhebung getreten ist. Ueber die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenbruchs des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der jetzigen Krise äusserst sich die Verfasserin folgendermassen:

«Auch die Hoffnung, dass der furchtbare Niederbruch der Wirtschaft, in dem nicht nur alle Widersprüche des kapitalistischen Systems, sondern noch obendrein der erbärmliche Leichtsinn und die erbärmliche Minderwertigkeit so vieler seiner vornehmsten Träger in ein so grelles Licht gerückt sind, Gegen-

kräfte ins Leben rufen werde, die mit der Wucht der Empörung dem frevelnden Spiel mit den Erwerbs- und Daseinsmöglichkeiten, mit der Existenz von Millionen ein jähes Ende bereiten würden, ist verschwunden. Aus dem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft hat sich kein Niedergang des kapitalistischen Systems, ja nicht einmal eine Einbusse an Machtpositionen für seine führenden Schichten ergeben.»

Im Januar-Heft des «Kampf» wird Max Adler ein Aufsatz gewidmet zum 60. Geburtstag. Alfred Braunthal kennzeichnet mit der ihm eigenen Klarheit die Bedeutung des grossen marxistischen Denkers für die heutige Arbeiterbewegung. Max Adler hat der sozialistischen Vorkriegsgeneration geholfen, aus einem sterilen Materialismus, der die Gefahr des Fatalismus und Passivismus in sich barg, herauszukommen; und nach dem Kriege hat er sich in seinen Schriften mit Energie dafür eingesetzt, dass im Kampf um die Tagesforderungen die eigentlichen Ziele der sozialistischen Bewegung nicht verlorengehen. Diese Leistung Max Adlers muss anerkannt werden, auch wenn man nicht mit allem einverstanden ist, was er in letzter Zeit vertreten hat.

Im «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik» behandelt Emil Lederer das Problem der russischen Wirtschafts- und Sozialverfassung. Lederer betrachtet die Sowjetregierung als gesichert, weil der private Lebensraum aller nichtproletarischen Schichten zerstört ist, und weil sich die Ideologie der herrschenden Partei hemmungslos über das ganze Volk verbreitet; zudem erhält die junge Generation, die die kapitalistische Welt überhaupt nicht kennt, eine rasch wachsende Bedeutung. Lederer glaubt, dass die Industrialisierung eines zurückgebliebenen Landes heute überhaupt nicht mehr anders möglich wäre als unter starker Einflussnahme des Staates. Nicht der staatliche Aufbau der Industrie ist das Merkwürdige, sondern das Tempo und die Mobilisierung aller Kräfte.

«Dieser Aufschwung, dieser Vorsatz zur Leistung, die Leistung selbst, ist das Erstaunliche. Erstaunlich die Träger dieser Energien, erstaunlich das Tempo. Hier wird ein Industriesystem gebaut ohne Unternehmer, ohne Profite, ohne Reichtumserwerbung, als Resultat konzentrierten Klassenwollens, das sich über die Masse ausbreitet und Hunderttausende mitreisst, um Millionen zu bewegen. Das ist wichtiger und interessanter als die Idee des Plans, die Systematik im Aufbau, die keineswegs überschätzt werden darf. Man kann wohl sagen, dass schon in den wenigen Jahren das russische Volk sich zu einer Kraftanstrengung ohnegleichen, aufgeschwungen hat, zu einer Kraftanstrengung, wie sie andere europäische Völker bisher nur im Kriege und für den Krieg, also für die Zerstörung entfaltet haben.»

Immerhin hat die psychologische Willensanspannung gewisse Grenzen. Es macht sich eine Müdigkeit bemerkbar, und die Tempofrage wird allmählich entscheidend. Ist nun der Aufbau der russischen Wirtschaft eine Planwirtschaft? Lederer sagt: ja und nein. Ja deshalb, weil keine Privatunternehmer mit kapitalistischen Interessen beteiligt sind. Nein, weil die gleichmässige Ausgestaltung aller Produktionszweige und die wohlabgewogene Befriedigung aller Bedürfnisse noch fehlt. Es besteht die Möglichkeit ungleichmässiger Entfaltung, was zu Stockungen und Verschlechterung der Versorgung führen kann. Diese Mängel können aber mit der Zeit behoben werden. Auch die kapitalistische Wirtschaft arbeitet mit Leerlauf und Verlusten, besonders in den ersten Stadien der Entwicklung.

Quelle der meisten Störungen ist das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Produktion. Deren Entfaltung auf einer neuen gesellschaftlichen Basis

mit den Mitteln kollektiver Organisation ist nach Lederer die wichtigste Voraussetzung für den programmässigen Aufbau des Sozialismus in der Industrie, die heute noch fehlt. Hier liegt das Kernproblem der russischen Wirtschaftsentwicklung.

Im «Gewerkschaftsarchiv» vom Dezember befasst sich dessen Herausgeber, Karl Zwing, mit der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Er kritisiert eine allzu starke Bindung an die sozialdemokratische Partei, wie sie sich in Deutschland in den letzten Jahren herausgebildet habe, und er verlangt, dass die Gewerkschaftsbewegung wieder eine überparteiliche Bewegung werde. Nur so könne sie die Hoffnung und das Vertrauen der Millionen von Arbeitslosen und der vielen Jungproletarier, die neu in die Bewegung kommen, erhalten. In einem zweiten Aufsatz im Januar-Heft schlägt Zwing in die gleiche Kerbe.

In «Arbeit und Wirtschaft», der Halbmonatsschrift der Gewerkschaften Deutschösterreichs, orientiert W. Woytinsky vom ADGB Berlin über den deutschen Arbeitsmarkt während der Krise. Man schätzt die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland für 1932 auf 20,9 Millionen. Zieht man davon die infolge Krankheit Arbeitsunfähigen ab, so kommt man auf etwa 20,3 Millionen Arbeitsfähige. Nach amtlichen Angaben sind davon 12,7 Millionen beschäftigt, so dass der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit rund 7,6 Millionen beträgt. Neben der offiziellen Arbeitslosigkeit, die von den Arbeitsämtern mit 5,2 Millionen angegeben wird, besteht somit noch eine «unsichtbare» Arbeitslosigkeit, die etwa 2,4 Millionen Arbeitskräfte umfassen dürfte. (Auch das Konjunkturforschungs-Institut schätzt die durch die Statistik nicht erfasste Arbeitslosigkeit auf über 2 Millionen.) In diesen Zahlen ist die Teilarbeitslosigkeit noch nicht erfasst. Nach den Berichten der Gewerkschaften waren im August 1932 39,4 Prozent ihrer beschäftigten Mitglieder teilarbeitslos. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten macht das 5,2 Millionen Kurzarbeiter. Somit ist die Gesamtzahl der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen für Deutschland allein auf 12 bis 13 Millionen zu schätzen, oder 60 bis 65 Prozent der Erwerbstätigen.

Buchbesprechungen.

Fritz Marbach. Kartelle, Trusts und Sozialwirtschaft. Verlag A. Francke A.-G., Bern. 356 Seiten. Broschiert Fr. 7.50, gebunden Fr. 9.—.

Die Leser der «Gewerkschaftlichen Rundschau» kennen bereits einzelne Teile aus dem Kartellwerk des Genossen Marbach. Wir haben das einleitende Kapitel über die Abgrenzung zwischen Gewerkschaft und Monopol seinerzeit im Wortlaut veröffentlicht (Jahrgang 1932, Seite 222), ferner hat sich Genosse Marbach in einem früheren Artikel über die subkartellistischen Bindungen ausführlich geäußert. Diese Teile erhalten jedoch ihre volle Bedeutung erst im Zusammenhang mit der umfassenden Darstellung. Es ist nicht möglich, in einer Besprechung den gesamten Inhalt zu kennzeichnen. Wir müssen uns hier auf Andeutungen beschränken und die Interessenten auf das Buch selbst verweisen.

Marbach untersucht zunächst sehr ausführlich die Voraussetzungen der Kartellierung und Monopolbildung, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft gegeben werden. Im Hauptabschnitt behandelt er die verschiedenen Kartellformen und die Kartellprobleme. Was die bisherige Literatur über dieses Thema sehr bereichert, sind die Untersuchungsergebnisse der eidgenössischen Preisbildungskommission, zu deren Auswertung Marbach als Mitglied dieser Kommission besonders berufen ist. Mit Recht tritt Marbach